

damals wurde in eindringlicher Weise die Notwendigkeit der Einheitsfrontpolitik begründet und alles daran gesetzt, zu einer Verständigung mit den sozialdemokratischen Führern und ihren Mitgliedermassen zu gelangen. Der Erfolg dieser Arbeit zeigte sich in einigen gemeinsamen großen Aktionen der Arbeiterklasse. So nach dem Rathenau-Mord 1922 und während der Ruhr- und Inflationskrise 1923. In einem gemeinsam geführten Generalstreik gelang es der Arbeiterschaft, die reaktionäre Cuno-Regierung zu stürzen.

Andererseits war die Reaktion bereits so erstarkt und die Regierung von ihr so beeinflußt, daß der Arbeiterschaft immer mehr die Möglichkeiten eingeengt wurden, mit demokratischen Mitteln ihre Forderungen durchzusetzen. Das zeigte sich mit aller Deutlichkeit, als im Jahre 1923 in den Ländern Sachsen und Thüringen in den Landtagen auf Grund parlamentarischer Wahlen Arbeitermehrheiten entstanden und Regierungen aus SPD- und KPD-Vertretern gebildet wurden. Damals wurde unverzüglich die Reichswehr gegen diese Länder mobilisiert, um diese Arbeiterregierungen abzusetzen.

Die Kommunistische Partei erkannte nur zu gut, welchen Ausgang diese Entwicklung in Deutschland nehmen mußte, wenn es nicht gelang, die Einheit der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die immer mehr erstarkende Reaktion zu schaffen. Immer wieder trat sie deshalb mit Angeboten an die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer zur Schaffung der Einheitsfront und zur Durchführung gemeinsamer Kampfaktionen heran. Leider standen diese Führer so stark im Banne der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, als daß sie sich zu einer Einheitsfront mit den Kommunisten entschließen konnten. Im Gegenteil, es wurden immer schärfere Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei unternommen, Verbote ihrer Zeitungen, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, Verhaftungen und hohe Gefängnisstrafen. Alles das trug dazu bei, das Verhältnis zwischen den Kommu-